

Neubraunschweiger

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wth. Sauer in Kisleben.

№ 123

Donnerstag, den 13. Oktober 1932.

45. Jahrgang

Preußen contra Reich

Beginn der Verhandlungen des Staatsgerichtshofes

— Leipzig, 11. Oktober.

Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begannen unter starkem Andrang die verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen wegen der durch Noirentordnung vom 20. Juli erfolgten Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Zur Entscheidung steht die Frage, ob das Vorgehen gegen die alte Preußenregierung nach den Bestimmungen der Verfassung zulässig war, wie es die Reichsregierung betont und das frühere Ministerium Braun-Seering bestritt. Daneben wünschen die Regierungen Bayerns und Sachsens für künftige Fälle die Festlegung der Grenzen, in denen die Anwendung des Artikels 48 gegenüber einem Lande sich zu halten hat.

Nachdem zu Beginn der Verhandlung Dr. Bredt befragt hatte, ohne die Anwesenheit eines Vertreters für den Reichstanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen zu verhandeln, gab der Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Dr. Schöng, eine Darstellung des bekannten Sachverhalts. Anschließend stellte der Vorsitzende

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke

klar, daß das Verfahren von keiner Seite verschleppt worden ist, es ist vielmehr alles getan worden, um den Prozeß zu beschleunigen. Auf die Verhandlung eingehend, erklärte Dr. Bumke dann:

„Ich möchte dann noch besonders darauf aufmerksam machen, daß der Staatsgerichtshof nicht über die politische Zweckmäßigkeit oder Wirksamkeit dessen zu entscheiden hat, was geschehen ist, sondern darüber, ob das Geschehene sich im Rahmen der Verfassung hält.“

Dann wandte sich der Vorsitzende der Einteilung des Verhandlungsstoffes zu. „Sindhaft wäre zu empfehlen“, erklärte er, „alle formalen Fragen, deren Wichtigkeit nicht verkannt werden soll, an den Schluß zu stellen und sich der Hauptfrage in erster Linie zuzuwenden.“

Es gilt jetzt festzustellen, welche Lage am 20. Juli nach Aufstellung der Beteiligten in Preußen herrschte. Außerhalb der Tagesordnung erhält dann der Hauptredner der preußischen Vertretung, Ministerialdirektor Dr. Bredt das Wort zu folgender Erklärung:

„Was will Preußen mit seiner Klage?“

Es will seinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten. Die preußischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Wohl aber betreiben sie auf das entscheidende die Richtigkeit der Informationen, die dem Herrn Reichspräsidenten gegeben worden sind und die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgetragen hat.

Gegenstand unserer Lage ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Willigkeit der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens. Gegenstand des Streites ist vor allem die Befreiung Preußens und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aufs tiefste kränfenden Vorwurf, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe und daher requiriert werden könne und müsse. Der preußische Ministerpräsident und die Staatsminister erwar-

ten mit Bestimmtheit eine Entschädigung des Staatsgerichtshofes, wonach die Verordnung in der Form, in der sie erlassen ist, aufgehoben werden muß. Dann ist es Sache des politischen Geschickes, eine andere Lösung zu finden, bis der Landtag eine neue Regierung ernannt. Die preußischen Minister stellen ihre Person dabei vollständig zurück. An der Personfrage wird es nicht scheitern; aber die politischen Probleme zu meistern, ist nicht Angelegenheit dieses Verfahrens, in dem es sich nur darum handeln darf: Recht ist Recht.“

In der Nachmittags Sitzung vor dem Staatsgerichtshof kündigte Ministerialdirektor Dr. Bredt an, daß angeichts der neuen Ernennungen, die die kommissarische Regierung während der letzten acht Tage in Preußen durchgeführt habe, von der Klage nicht abgesehen sei, sofort Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu stellen, die der kommissarischen Regierung weitere Veränderungen im Beamtenkörper bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes zur Hauptplache unterliege.

Die Entgegnung des Reiches

Anschließend wurde Dr. Gottheimer das Wort zur Klageerwidlung der Reichsregierung erteilt. Er begründete das Vorgehen des Reiches gegen Preußen in erster Linie mit den blutigen Notrufen des Sommers 1932. Im einzelnen führte der Vertreter des Reiches u. a. aus: „In einer Zeit höchster Not und Verarmung des deutschen Volkes standen feierlich gegenüber dem im Zustande äußerster Erregung kampfbereit einander gegenüber. In den wenigen Wochen zwischen dem 1. Juni und dem 20. Juli 1932 haben in preußischen Staatsgebiet über 460 Fälle schwerer politischer Ausschreitungen stattgefunden, bei denen 82 Todesopfer und 400 Schwerverletzte zu beklagen sind. Die blutigen Vorfälle in Oplow und Altona sowie die umfangreichen Waffenschließungen in Suhl waren nur einzelne Symptome einer überaus gefährlichen Gesamtlage. In der Presse wurde allgemein bereits von einem Zustande des Bürgerkrieges gesprochen. Diese Gefahrenlage, die am härtesten in Preußen hervortrat, wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden preußischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindschaft der Kommunistischen Partei ist nicht zu zweifeln. In schriftliche Äußerungen des Reichsarchivs sind die revolutionären Ziele und die planmäßig auf Bürgerkrieg und gewalttätigen Aufstand gerichteten Bestrebungen dieser Partei nachgewiesen. Gerade aber diese Partei konnte vermuten, daß die damalige preußische Regierung aus parlamentarischen wie aus anderen Gründen gegen die Kommunisten nicht mit letzter Einschiedenheit vorgehen werde.“

Die politische Stellung Preußens erweckte den Eindruck, als ob sie nur unter dem Vorbehalt der Gefährdung von Nationalsozialisten und Kommunisten gewahrt war, die kommunistische Gefahr zu durchgreifend zu bekämpfen, wie es die Lage erforderte.“

In seinen weiteren Ausführungen erinnerte der Vertreter des Reiches an einer Beurteilung des früheren Berliner Polizeipräsidenten Erzgrün, in der von einer Einheitsfront der SPD und der KPD, die beide in Preußen verwirklicht auf die Tatsache, daß der preußische Minister Seering sich gemindert habe, dem Ertrinken der Reichsregierung, den „Vorwärts“ wegen einer Beschimpfung der Reichsregierung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen zu verbieten, stattzugeben.

Geschäftlich habe die Reichsregierung aus verteilungswürdiger Ansicht Kenntnis von solchen Verhandlungen zwischen dem preußischen Innenministerium und kommunistischen Führern erhalten. Inhalt dieser Verhandlungen seien

Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Beamtung dieser Zustände, deren Wichtigkeit sich später in vollen Umfang offenbart habe, offenbarte eine so brandende Gefahr für das Deutsche Reich, daß unumkehrbar ohne jedes Zögern von den Befehlshabern Gebrauch gemacht werden mußte, die Artikel 48 der Reichsverfassung für Fälle dieser Art an die Hand gibt. Es wäre unverantwortlich gewesen, den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges abzuwarten.“

Schließlich erinnerte Dr. Gottheimer daran, daß Minister Gervé die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung gegeben habe, vorgezogen, nach seiner Kenntnis genau zu beurteilen habe, wie die Reichsregierung selbst. Seering habe Mitte Juni dem gegenwärtigen Reichskommissar des Innern gegenüber erklärt, daß er sich an dem Oberbefehl über die nahe bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars über Preußen nicht beteiligen habe, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht mehr vermeiden lassen, und er habe im weiteren Verlaufe dieser Intermedial mit Bezug auf diese Einsetzung erklärt: „Was ich nicht mehr tun kann.“

Der Vertreter der SPD im Preussischen Landtag, Professor Dr. Heller, der dann zu Wort kam, bezweifelte die Richtigkeit der Behauptung, daß Seering sich dahin geäußert habe, er hätte einen Reichskommissar in Preußen für unzulänglich gehalten.

Einladung Papens an das Preußenkabinett

Der Vorsitzende Dr. Bumke stellte darauf die Frage, ob die preußischen Minister die Einladung zu einer Sitzung des Staatsministeriums, falls sie in einer anderen Form erfolgt wäre, angenommen hätten und weiter, ob sie bereit gewesen wären, mit dem Reichstanzler als Reichskommissar für Preußen zusammenzutreffen.

Ministerialdirektor Dr. Bredt bejahte diese Fragen im wesentlichen, falls es sich um eine Sitzung gehandelt hätte, bei der die Modalitäten einer solchen Zusammenkunft besprochen werden sollten. Niemals hätten die Minister es abgelehnt, mit dem Reichstanzler zusammenzuarbeiten.

Ministerialdirektor Gottheimer erklärte hierzu, daß die Einladung zu der Sitzung in der bisher üblichen Weise erfolgt ist und daß darin eine unzulässige Amtsanmaßung Reichstanzler hätte gar nicht anders aufgefaßt werden können, als daß diese eine Zusammenkunft ablehnen.

Der zweite Verhandlungstag

Leipzig, 12. Oktober.

Ministerialdirektor Dr. Bredt gab den Verhandlungsbeginn eine Erklärung ab, die sich auf die Frage des Vorgehens bezog, ob denn die zwei Gruppen der preußischen Staatsminister — d. h. die alten Minister — außer dem am 2. Juli mittags bereits abberufenen Ministerpräsidenten Braun und Seering — auf jeden Fall eine Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar abgelehnt hätten.

Dr. Bredt sagte, die Minister würden es im Interesse des Landes nicht abgelehnt haben, mit dem Reichskommissar, jeder für sein Recht, eben zusammenzuarbeiten, wie es jetzt die Staatsverfassung laute, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Reichsverwaltung.

Namens des Ministerpräsidenten, sagte Dr. Bredt, stelle ich fest, daß die Behauptung, er habe sich dadurch befriedigt, daß sein Gehalt voll weitergezahlt würde, unrichtig ist. Er habe nicht abgelehnt, mit dem Reichskommissar, jeder für sein Recht, eben zusammenzuarbeiten, wie es jetzt die Staatsverfassung laute, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Reichsverwaltung.

„Ich hielt still ihre Hand und ließ sie immer noch weinen, während der geschlossene Wagen, in welchem sie saßen, sich durch den Straßenarm von Berlin seinen Weg suchte.“

„Mutter“, sagte er, als sie dann in der Wohnung besammen saßen, wo nichts mehr als die verschlossene Tür des Sterbesimmens an das Ereignis mahnte, „du sollst nun hier fort. Du sollst zu mir nach Mariabühl kommen. Du kannst zu Beate ziehen.“

Sie sah etwas feierlich, als wäre sie bei sich selbst zum Besuch in der Hofecke und schüttelte den Kopf.

„Du Beate?“ fragte sie kleinlaut. „Ach nein, mein lieber Junge.“

„Sie lächelte dich. Sie hat es mir selbst gesagt!“ rief er aufwachtend.

„D. wie gut von ihr!“ sagte Marie Stürmer, gleich ganz dankbar gerührt, und kam sich zu unruhig, zu trübsinnig vor. Aber natürlich Beate war ihr ganz lieb geblieben. Mit dem besten Willen konnte sie damals als Beate hier vierzehn Tage zum Besuch war, auf seiner intimen Fuß mit ihr kommen.

Um seinen Preis der Welt wäre es ihr über die Lippen gegangen; er hätte nicht dafür, sie fand Beate etwas langweilig. Und sie war nicht immer nur mit Gebahren beschäftigt, welcher Kleiderkammer ihres Bestandes zur besten Geltung bringe, welche Farben zu ihrem blonden Haar paßten.

Es lag natürlich an ihr — an Marie Stürmer — selbst Beate hatte natürlich eine Menge verborgener, schöner Eigenschaften.

„Weißt du, mein lieber Junge, — du bleibst doch nicht in Mariabühl. Wenn der Hofen gebaut, der frisch fertigert, der Leuchturm fertig ist, nicht wahr, dann geht du doch wieder, und wer weiß, wohin dich deine nächste Aufgabe führt. Ich will gern mit dir ziehen. Wohin es sei. Aber laß mich nicht bei Beate wohnen. Geh mal nach: Gehst du ja sowaslang noch nicht fast in seiner Brust. Aber demnach, es ist der Weltfakt Beate ist jung, sehr, sehr schön, sie wird sich trösten, sich wieder verheiraten. Und da ist es nicht lung, ihr eine alte Frau aus der Familie ihres ersten Gatten als Gesellschaft aufzubringen.“

„Du häßlichste, Mutter, wenn nicht — Mutter, ich glaube, ich habe gar nie recht fertig geblieben. Du warst es sonst möglich, daß sie ihn in Tode nicht mehr sehen wollte. Mutter — er war zu schön, zu äußerlich für sie. Er war ein Vandal, und ich bin sicher, sie hätte es erlernet. Gott allein weiß, was

jetzt in ihrer Seele vorgehen mag. Wenn nun der rechte Mann käme? Wenn dieser... Mein, jetzt kein Wort mehr!“

Er presste häufig die Hand seiner Mutter. Sie sah ihn erschrocken und sehr bang an. Sie hatte auf der Stelle verstanden, welche Hoffnungen ihn bewegten. Daß er sie jetzt noch nicht ausprobiert, begriff sie. Daß er sie aber überhaupt begreife, begriff sie nicht.

Wie hien verhielt eine Frau die Liebeswahl eines Mannes? Hier verstand weder das weibliche noch das männliche Herz von Marie Stürmer, wie ihr Sohn so blind sein konnte. Das bisshen Schönheit verriet doch, dachte sie. Es mit ihrem verweinten, kurzschäftigen Frauenaugen, sie suchte immer nach Gemüt, nach allerlei selbstlosen, aufopferungsbereiten Zügen im Wesen eines Weibes, und wo sie die nicht fand, glaubte sie ganz richtig, das könnte sich doch auch ein Mann nicht gefehlt fühlen. Sie sah nicht hinter Beate eine andere Gestalt; in steigender Schönheit, in losender Verführung das eine, ewige Weib, Helena, die Liebesopferin.

„Mein lieber Junge,“ sagte sie endlich in das bestemmende Schmetzen hinein, „wir können es so nach überlegen. Ich kann vorerst doch nicht fort. Denn mal, was hier alles aufzulösen ist...“

„Sa,“ sprach er häufig, „hier ist viel zu ordnen. Vor allen Dingen Tante Irene's Verlassenschaft. Wir werden nun endlich klar sehen in der Geldangelegenheit.“

Marie Stürmer fand; heute doch noch nicht! Sie hatte eine Art von Äußerung der Verantwortung. Sie schien es, als würde es die Ruhe der Toten hören, wenn Chaffio schon heute in ihren Büchern und Papieren säßebere.

Er hatte Mühe, ihr dies auszuordnen. Seine Zeit könne er nicht mit solchen Empfindungen verbrachten. Er müsse morgen fort. Die Mutter verstand diese Eitel. Irene's Heimeinlegen war ja da.

Und er mochte nicht sagen, daß er sich verzögerte in unruhigen Verlangen, nur erst wieder dort zu sein, wo ein dämliches Geheimnis und eine fieberhafte Hoffnung zu uralten von zwei Seiten her jetzt Wesen in Aufbruch brachten.

(Fortsetzung folgt.)

Um Helena
 Roman von Ida Waples
 Copyright 1923 by Romanbild Verlag Berlin W 20
 (40. Fortsetzung.)

„Noch eins,“ sagte er dabei, „du weißt, Beate hat niemand empfangen, weder mich noch sonst irgend einen Menschen. Sie ließ sich auch heute morgen bei der Trauerfeierlichkeit nicht sehen. Ich hab' ihr geschrieben, daß wir ihr ganz und gar zur Verfügung stehen, und daß, wenn sie Geld, Rat, Auskunft will, sie während meiner Abwesenheit sich an dich wenden soll. Willst du ihr in allen Dingen, wenn sie was will — nicht alles läßt sie dich wissen —“

„Mach? — Mach?“ sagte Irene Heimeinlegen.
 „Der sie kommt hierher...“
 „Hierher?..“ wiederholte der andere fast tonlos.
 Chaffio sah ihn an... Und dann war es ihm, als hätte ihn jemand fischen... Er glaubte, daß er etwas und Hut, und mit einem hoffigen „Lebe wohl!“ war er davon.
 Der andere aber sah noch lange.
 Er sah in die düstere Tiefe der schmutzigen Stube hinein, mit brennenden Blüten — atemlos — wie versteinert.

IX.
 Nun hatte Chaffio auch Edel's Mutter begraben. Ein halb Dutzend Bekannte aus ihrem noch so kleinen Berliner Kreis war zugegen gewesen. Dann fuhr er mit seiner Mutter heim. Frau Marie Stürmer war ganz aufgelöst. Nicht nur, weil die Trauerfeier mehr als zwanzig Jahre lang ihr Anhalt, ihre Beherrschung gewesen war, sondern an und für sich durch den Tod und das Begräbnis. Sie gehörte zu den Weidmütigen, die selbst an fremden Gräbern leicht und gern mitweinen.

Chaffio begriff das sehr gut. Er hatte für seine Mutter eine Geduld und ein Verständnis fondergleichen. Die moderne Zeit tauchte ihrworts an ihr vorüber. Sie war eine schwache Frau. Eine von denen, die allen Anhalt des Lebens vom Liebesgott erwarten. Und seit sie es verloren hatte, war sie in Grief, Tränen, Nachsichtigkeit und Güte weich, zu weich geworden.

Nebräer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit dem illustrierten Wochenbeleg: „Das Leben in Bild“ und „Das Leben in Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wägling (vorm. Wm. Weis), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen lösen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Budtags bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 123

Donnerstag, den 13. Oktober 1932.

45. Jahrgang

„Das neue Reich!“

Der Kanzler in München — Der Presseempfang im Ministerium des Auswärtigen

München, 12. Oktober.

Reichskanzler von Papen trat dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Auswärtigen seinen Besuch ab. Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler herzlich und fuhr fort: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung vertritt nicht das Bestreben des Reichskanzlers, möchte ich herzlich danken, das Bestreben, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so kommt, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stunden unserer Tage, die in vor allem der Selbständigkeit der Länder gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit.“

Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Fühlung mit den einzelnen Länderregierungen zu übernehmen und so halten in der Zeit der großen wirtschaftlichen und geistigen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenhalten muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein vereinfachtes Deutschland wird nie niemals meistern können.“

Außenpolitik hängt alles von unserer absoluten Einheit ab. Nur durch freies Zusammenarbeiten und Zusammenhalten ist das große Ziel zu erreichen. Deutschland außenpolitisch zu befreien und innenpolitisch zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.“

Reichskanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte, die Ministerpräsident Held ihm genandt hatte. „Mein Besuch für den Minister führt, ist viel mehr als eine formale Höflichkeit, er soll kein ein Spinnrad dafür daß in der Zeit gerade jetzt in den vielleicht schwierigsten Stunden der Nachkriegszeit wir nur dann zu den großen gemeinsamen Zielen weitergehen können, wenn wir die Einheit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie sie einst gewesen ist.“

Wir wissen, daß es von Anfang an meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen.“

Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, den passenden Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Ansprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schmerzlichen Wege vor uns liegen. Ich hoffe daß in diesem freimütigen Austausch der Meinungen die gemeinsamen Ziele gefördert werden, die allen so sehr an Herzen liegen.“

Vom Ministerium des Auswärtigen begab sich der Reichskanzler nach dem Landtag zum Besuch des Landtagspräsidenten. In Anwesenheit der übrigen Mitglieder des Landtagsvorstandes empfing Dr. Stang den Reichskanzler. Auf die Begrüßungsansprache des Landtagspräsidenten antwortete Reichskanzler von Papen in kurzen Ausführungen. Am Ausluß an den Empfang beistanden der Kanzler und seine Begleitung den Sitzungssaal des Landtages und die ehemaligen Räume der Reichsversammlung.

Presseempfang

Am 11 Uhr fand im Ministerium des Auswärtigen ein Presseempfang statt. Zunächst erschien Reichskanzler von Papen mit dem Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Warts. Er wurde von Ministerpräsident Dr. Held den Vertretern der Presse vorgestellt. In einer kurzen Ansprache gab der Reichskanzler seiner Freude darüber Ausdruck, bei dem ersten Besuch, den er der bayerischen Staatsregierung und damit dem Lande Bayerns mache, Belegenheit zu haben, mit den Vertretern der Presse persönliche Fühlung aufzunehmen, auf die er großes Gewicht lege.

Die Reichsregierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bemüht ist föderalistischem Standpunkt festzuhalten, die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Nicht ein über Nationalismus oder Zentralismus, sondern nur ein Reich, das aus der Addition aller gewachsenen Kräfte geschaffen werde, sei die Parole der Reichsregierung.

Vom Ministerium des Auswärtigen aus begab sich der Kanzler mit den Herren seiner Begleitung, geleitet von dem Innenminister Dr. Stöckel, zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen. Er legte dem einen Kranz am Giebelnenn-Denkmal nieder und stieg in den Mittagstunden noch bei dem päpstlichen Nuntius sowie bei Kardinal Faulhaber einen Besuch ab. Um 13.30 Uhr hatte Ministerpräsident Dr. Held zu einem Frühstück geladen.

Papens Münchner Besprechungen

München, 12. Oktober.

Der gestrige Nachmittag war den vorgesehenen politischen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und der bayerischen Regierung vorbehalten. Am Abend gab der

bayerische Ministerpräsident zu Ehren des Kanzlers einen Empfang, zu dem zahlreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns geladen waren.

Pläne und Gegenpläne

Bejorgnisse und Mißstimmung in Paris.

London, 12. Oktober.

Man ist in Paris alles andere als erfreut über die Wichtigkeit, zu dem englischen Drängen auf weitere Ausreden gute Miene machen zu müssen, und Herriot wird nicht ohne schwere Rührung der freundlichen Einladung MacDonalds folgen. Man hat befürchtet und mißgestimmt vernommen, daß in London Entwurfsarbeiten ausgearbeitet worden sind, die der englische Premierminister als Unterlage für seine Bemühungen nehmen will, wie er zwischen Frankreich und Deutschland ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage vermitteln könne, und man weiß sich, diesen Plänen französische Gegenpläne entgegenzusetzen, die die englischen Absichten nach Kompensationen zu belächeln, daß eine schnelle Einigung nicht in Frage kommt.

Das Bestreben des englischen Vorklages scheint die Anerkennung der Rechtsgleichheit für Deutschland in militärischer Hinsicht zu sein, allerdings gegen das deutsche Einverständnis damit, daß Deutschland durch die Einführung der ihm bisher verbotenen Waffen seinen Mannschaffsstand nicht vermindert, wogegen die anderen Mächte zu vollständigen Abrüstungsbestrebungen angehalten werden sollen. Gleichzeitig soll ein zeitlich unbefristeter politischer Waffenstillstand geschlossen werden, in dem Deutschland sich verpflichtet soll, kein Revillon der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verlangen.

Dieser englische Plan ist als Grundlage eines deutsch-französischen Komplexes offensichtlich schon belächelt genug — um die Bemühungen MacDonalds zu erschweren — der Franzosen aber genügen die in dem englischen Plan enthaltenen sich demgegenüber offenbar noch nicht, denn ihr Gegenentwurf verlangt: weiter.

Ein allgemeines Abklärungsprogramm, einen allgemeinen Kontaktpunkt, der sich an das Völkerbundstatut und an den Gesamtvertrag anschließen soll, ferner einen regionalen Beistands-, Sicherheits- und Kontrollpakt in demselben Rahmen und weiter ein Protokoll über die Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung. Schließlich greift der französische Vorklage auch wieder auf den Plan der Bildung einer internationalen Streitmacht zurück.

Man sieht, was Herr Herriot mit nach London bringt, ist das Programm für eine große internationale Konferenz, nicht aber das wesentlich beherrschende, dafür aber auch klarere Material, das den Absichten MacDonalds dienen könnte, und in nicht der französische Ministerpräsident hoffen dürfen, die ihm so unerwartete Vermittlungsaktion seines englischen Kollegen zu durchkreuzen und der von MacDonald beabsichtigten Einladung des deutschen Außenministers Steine in dem Weg zu rollen. Von welcher Seite also die englischen Bestimmungen gefälligst durchkreuzt werden, daran ist nach dem französischen Verhalten kein Zweifel mehr möglich und Deutschland kann abwarten, welche Schritte man in London und anderswo aus dieser Erkenntnis zu ziehen gedenkt.

Neuregelung des Bankwesens?

Noch keine personellen Entscheidungen.

Berlin, 12. Oktober.

Schon seit längerer Zeit schweben bei der Reichsregierung Ermüdungen, wie man die bisherige Bankenaufsicht den Erfordernissen des neuen Wirtschaftsprogramms besser anpassen könnte. Dabei spielt auch die Frage eine Rolle, wie man die durch die verschiedenen Stützungsaktionen entstandenen Bankinteressen des Reiches in Zukunft behandeln soll. Dieser prinzipiell wichtige Kreis des Problems gehörte bisher nicht zu den Aufgaben des Bankkommissars Ernst, der nur die öffentliche Aufsicht über die Geschäftsabwicklung des gesamten Bankwesens zu führen hatte. Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, sind die Ermüdungen über alle diese Fragen noch nicht abgeschlossen. Insbesondere ist auch über die personellen Fragen noch gar nicht gesprochen worden. Da also Dr. Ernst auch Treuhänder für die vom Reich abhängigen Banker wird oder Dr. Schacht diese Stellung erhält, ist noch völlig offen.

Berjammlungsverbot

Keine Sportplatzkündigung der NSDAP.

Berlin, 12. Oktober.

In einem Schreiben des Polizeipräsidenten an den Gauvorstand der NSDAP wird ein Verbot der nationalsozialistischen Kundgebung im Sportplatz begründet. Es heißt darin u. a.: Von nationalsozialistischer Seite sind in der letzten Zeit seit Beginn des Wahlkampfes zum Reichstag am 6. November zahlreiche Versammlungen politisch Andersdenkender mit dem Ziel der Sprengung gefordert worden. Die Möglichkeit der Fülle und der Gleichmäßigkeit bei der Art des Vorgehens der Störer gestattet mit Sicherheit den Schluß, daß die Versammlungsstörungen planmäßig vorbereitet und auf Weisung leitender Stellen der NSDAP durchgeführt worden sind. Dieses, den tatsächlichen Verlauf des Wahlkampfes in erheblicher Weise ge-

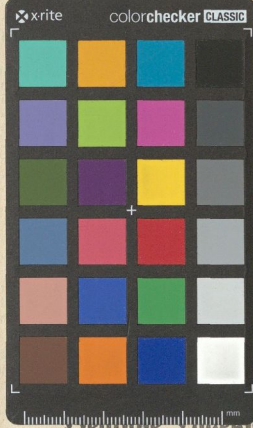
fährdende Verhalten von Anhängern der NSDAP hat in den ordnungsliebenden Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Erregung ausgelöst. Da nach den gemachten Erfahrungen ein Teil der Anhänger der Partei ein äußerst unbilligstes Verhalten an den Tag gelegt hat, muß damit gerechnet werden, daß von diesem Teil der Parteimitglieder (sogar beispielsweise einzelne Zwischenfälle Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten benannt werden, durch die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernsthafteste gefährdet werden. Das vorstehende Verbot der für den 12. Oktober im Sportplatz geplanten Versammlung redigiert sich also auf Grund des Paragraphen 14 Abs. 3 (Polizeiverordnungsgehebes) in Verbindung mit Artikel 125 der Reichsverfassung. Da sich weiter aus den vorstehend dargelegten Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ergibt, ist das Verbot ferner gerechtfertigt durch die Vorschriften des Paragraphen 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Umzüge vom 28. Juli 1932.

Soll sich der Wirtschaftskampf?

Der mitteldeutsche Arbeitsmarkt leicht gebesser.

Das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland teilt mit: Nachdem die Zahl der bei den Arbeitssamern des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland als arbeitsunfähig vorgemerkten Personen in der ersten Hälfte des Monats September um 2172 gestiegen war, fiel die Zahl dieses Personenkreises in der zweiten Septemberhälfte von 476 777 (davon 79 077 weibliche) am 15. 9. 32 auf 293 319 Personen — 5,5 Prozent auf 450 458 Arbeitstunde (davon 72 205 weibliche) am 30. 9. 32. Zur gleichen Zeit des Vorjahres handten dem mitteldeutschen Arbeitsmarkt 391 724 (davon 69 947 weibliche) Personen zur Verfügung; die Überhebung beträgt daher 58 734 Arbeitstunde = 13 Prozent.

Wenn auch der Rückgang in der Zahl der Arbeitstunden mit darauf zurückzuführen ist, daß Abgänge aus landesmäßigen Gründen eintraten sind und daß sich weiter ein Teil der aus den Unterhaltungsseinrichtungen ausgeschleusteten Berufen nicht mehr bei den Arbeitsämtern um Arbeit bemüht, so war andererseits festzustellen, daß die Erhaltung der Wirtschaft hier und da langsam in Auswirkung der Pläne der Reichsregierung zu lösen beginnt. Von den Außenberufen nahm die Landwirtschaft noch eine größere Zahl von Arbeitstunden für die Kartoffel- und Rübenanbau sowie zum Dreschen und Kartoffelhefen auf. Der Erlaß der Hausinspektoren der größeren Hausreparaturen führte in vielen Bezirken zu einem



Entschädigung des Auswärtigen Ausstufungen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags war zu einer Sitzung zusammengetreten, in der der Vorsitzende Dr. Fried (Nafos.) Kenntnis von einem Schreiben des Reichsaussenministers gab, in dem dieser darauf hinweist, daß er nicht im Ausfluß erscheinen könne, so lange nicht die bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstags geregelt ist. Der Ausschuss nahm eine sehr scharfe Entschädigung wegen dieser Stellungnahme der Reichsregierung, die mit den Stimmen aller vertretenen Parteien außer den Kommunisten angenommen wurde. Die Deutschnationalen waren überhaupt nicht erschienen.

Dr. Goebbels spricht bei den Deutschnationalen.

Der „Angriff“ veröffentlicht ein Schreiben von Dr. Goebbels an die Deutschnationalen, in dem er die Aufforderung annimmt, in einer deutschnationalen Versammlung als Diskussionsredner zu sprechen. Für diesen „politischen Adelstempel“ kommt hauptsächlich eine deutschnationale Versammlung am 19. Oktober in Betracht, in der für die NSDAP der Reichstagsabgeordnete Gedmiß-Hannover und der Landtagsabgeordnete Steiner sprechen werden.